

STADT BERN

TRAM BERN WEST

Die Freisinnigen sagen klar Ja

Nachdem am Donnerstagabend die FDP im Stadtrat sehr deutlich die städtische Vorlage zum Tram Bern West befürwortet hatte, zieht die Kantonalpartei nun nach. Die Fraktion des Grossen Rats sagte in ihrer gestrigen Sitzung «mit überwältigendem Mehr» Ja zum Tramprojekt, teilte die FDP mit. Am Mittwoch entscheidet der Grosse Rat über den Kantonsanteil von 47 Millionen Franken. Mit dem Tram Bern West würde ein wichtiger Schritt zu einer modernisierten Infrastruktur des Kantons Bern getan, hält die FDP fest. Und: «Von der Realisierung gehen bedeutende Impulse für die Stärkung der Wirtschaftskraft der Region aus – verbunden mit entsprechenden Beschäftigungseffekten.» Zudem werde der Entwicklungsschwerpunkt im Westen Berns besser in das regionale und städtische Netz des öffentlichen Verkehrs eingebunden und erschlossen. *wyl*

«LANFORCE V»

Die grösste Game-Party der Schweiz

Ein Schweizer Rekord: Auf dem BEA-Gelände messen sich 1504 Gamer in Turnieren – und suchen den schönsten PC.

Mathias Born

Schwer bepackt trafen die ersten Spieler gestern Mittag in Bern ein: Einige schlepten ihre Computer und Bildschirme in Taschen an, einige fuhren sie auf Karren in die Halle. Sie installierten ihre Rechner auf einem der langen Tische, stöpselten das Netzwerkable ein. Und seither spielen sie, die Besucher der «Lanforce V» auf dem BEA-Expo-Gelände – noch bis am Sonntag.

1504 Spieler aus der Schweiz und dem nahen Ausland – die meisten von ihnen Männer zwischen 16 und 24 Jahren – haben sich laut den Organisatoren für die Party angemeldet. Damit ist die «Lanforce V» die bislang grösste Netzwerkparty der Schweiz. Zusätzlich zu den Teilnehmern im Saal sollen über Breitbandleitungen des Sponsors Cablecom auch externe Gamer an der Party teilnehmen können.

Übers Netzwerk werden – teils in Teams, teils als Alleinkämpfer – gegeneinander Computerspiele gespielt. Besonders beliebt sind so genannte Ego-Shooter. Bei diesen Games kämpft sich der Spieler schwer bewaffnet an den Gegnern vorbei durch die Labyrinth des Spieles. Politiker und Medien kritisierten die Spiele oft als eine Verherrlichung von Gewalt. Für die Spieler an den Netzwerkpartys ist das Spielen aber vielmehr ein Sport. Nur wer hart trainiert, ist auf Dauer erfolgreich. Doch es geht nicht allein ums Ballern. An Netzwerkpartys treffen sich die Spieler, die sich oft bloss vom Spielen oder aus Onlineforen kennen, zum ersten Mal persönlich. An den Partys wird diskutiert, über neue Produkte gefachsimpelt. Da werden Programme und Daten ausgetauscht. Da wird mit Computern geprotzt: Viele Tüftler gestalten das Gehäuse ihres Computers individuell. Sie fräsen etwa Fenster ins Gehäuse, beleuchten das Innere farbig. In einem Wettbewerb wird an der «Lanforce V» der schönste oder spezielleste PC auserkoren. *◆*

THERESE FRÖSCH ALS SOZIALDIREKTORIN

«Das will ich noch machen»

Seit Mitte Mai ist Therese Frösch Direktorin für soziale Sicherheit. Als einstige Sozialarbeiterin kennt sie diesen Bereich bestens. Bis Ende Legislatur will die grün-linke Politikerin noch einiges bewegen.

Bernhard Giger

Das Büro ist neu gestrichen, die Bilder stehen noch den Wänden entlang. Die Chefin aber hat sich eingerichtet. Im Büro und auf der Direktion. Nicht einen Moment kommt im Gespräch der Eindruck auf, sie bewege sich noch unsicher durch ihr neues Betätigungsfeld.

Das überrascht. Die Finanzen, für die sie vorher zuständig war, und die Sozialdirektion, der sie jetzt vorsteht, sind zwei verschiedene Welten. Doch Therese Frösch scheint damit kein Problem zu haben. Sie sei nicht Technokratin, sondern eine «Vollblutpolitikerin», und als solche könne man auch als Finanzdirektorin einen guten Einblick in alle Verwaltungsbereiche haben: «Da sieht man, was hinter den Aufgaben steht, die man abbauen muss oder ausbauen möchte». Geändert habe sich jedoch die Grösse der Direktion: Zuvor waren es 200 Angestellte, jetzt 1000.

Frühe eigene Erfahrungen

Dennoch: Die Auseinandersetzung mit Zahlen ist etwas anderes als die ungefilterte Einsicht in Fürsorgefälle. Frösch: «Es ist wie eine andere Schiene. Hier habe ich mit jenen zu tun, die nicht das grosse Los gezogen haben.» Schwieriger sei es für sie trotzdem nicht, zu ihrer Arbeit weiterhin genug Distanz zu halten. «Das hat mit meiner Biografie zu tun.»

Therese Frösch war Sozialarbeiterin und engagierte sich in der Flüchtlingshilfe. Vor allem im Christlichen Friedensdienst habe sie ihre «Überidentifikationschübe» gehabt. Die Flüchtlinge, zum Beispiel «eine gestrandete, schwangere Südamerikanerin», hätte sie manchmal am liebsten zu sich nach Hause genommen. Jetzt lasse sie sich nicht mehr «mit Haut und Ha-

ren» von einem Problem vereinnahmen.

Das labile Gleichgewicht

Mit dem Wechsel von der Finanzdirektion zur Direktion für soziale Sicherheit hat Frösch entscheidend zur Beilegung der Regierungskrise im Fall Wasserfallen beigetragen. Damit fand aber auch ein Rollenwechsel im Gemeinderat statt. Die grün-linke Politikerin steht nun nicht mehr einer so genannten Schlüsseldirektion vor. Die Geschäfte ihrer neuen Direktion haben nicht erste Priorität. «Da gibt es andere Projekte, das Tram Bern West oder den Bahnhofplatz», sagt sie. Der Gemeinderat habe zwar in den Legislaturrichtlinien «prominente Ziele» formuliert wie die Schaffung von Krippenplätzen und ein Alterskonzept. «Doch der Gemeinderat hat es am liebsten, wenn die Direktion gut gemanagt ist und er damit nicht zu viel zu tun hat.» Selbstbewusst sagt Frösch aber auch, dass durch die Krise im Gemeinderat «meine Möglichkeiten nicht gesunken sind». Im Gegenteil: «Man hört vielleicht wieder etwas mehr auf mich.»

Mit einem Dossier, bei dem Therese Frösch zusammen mit dem Stadtpräsidenten federführend ist, muss sich der Gemeinderat jedoch intensiv beschäftigen: mit der Reitschule. Kurt Wasserfallen habe nicht darauf bestanden, das Dossier Reitschule zu übernehmen. Ja, damit wären die Verhandlungen wohl bald blockiert gewesen, bestätigt Frösch. Für eine weitere Betreuung durch sie habe auch gesprochen, dass ihr Direktionsadjunkt Franz Schnider die Verhandlungen mit der Reitschule geführt habe. Allerdings verliert sie den von ihr sehr geschätzten Mitarbeiter wohl bald, weil er als Stadtschreiber nach Biel wechselt (siehe Box).

«Die Gewalt vor der Reitschule muss aufhören» sagt Frösch. Sonst aber plädiert sie für ein «labiles Gleichgewicht». Sie hoffe, dass jene Jugendlichen, die diesen Sommer in der Ferienstadt mitgemacht hätten oder während des Irak-Kriegs bei den Friedenscamps, «in der Reitschule Fuss fassen und sich engagieren». Damit könne dort vielleicht «etwas Bewegtes» bei-



Die ehemalige Sozialarbeiterin auf der Direktion für soziale Sicherheit: Gemeinderätin Therese Frösch. BILD WALTER PFÄFFLI

DIREKTIONSADJUNKT FRANZ SCHNIDER

Stadtschreiber in Biel

Vom Bund über den Kanton ist er zur Stadt gekommen: Rund zwei Jahre arbeitete der 43-jährige Jurist Franz Schnider als Direktionsadjunkt zuerst auf der Finanzdirektion und jetzt auf der Direktion für soziale Sicherheit. Im Februar 2004 wechselt er voraussichtlich nach Biel: Der Bieler Gemein-

derat beantragt dem Stadtrat die Ernennung Schniders zum neuen Stadtschreiber. Er wird dort eine 80-Prozent-Stelle anstreben. «Das mag ich ihm gönnen», sagt seine Chefin, Sozialdirektorin Therese Frösch, zum gestern bekannt gewordenen Wechsel. Schnider selber weilt momentan in den Ferien. *bg*

STADTRAT

Begert will eine Einladung

Gewalt und Sachbeschädigungen von Seiten junger Autonomer lassen sich nicht mit Befehlen und Verboten verhindern. Dies sagte Polizeidirektorin Ursula Begert am Donnerstag im Stadtrat als Antwort auf eine Anfrage. Daniel Kast (CVP) hatte gefordert, gewaltbereiten Jugendlichen müsse klar gemacht werden, dass man deren Anliegen ernst nehme, wenn diese mit friedlichen Mitteln vorgebracht würden. Deshalb müssten unverzüglich Gespräche mit der autonomen Szene aufgenommen werden. Begert sagte dazu, das Gespräch werde gesucht. So habe im Gaskessel ein jugendpolitisches Hearing stattgefunden. Es habe sich aber nur ein einziger Jugendlicher eingefunden. Die Stadtregierung sei immer noch geschäftsbereit – «aber ich erwarte nun eine Einladung von den Jugendlichen». Mit der Ikur, der Betreiberin der Reitschule, finden Gespräche statt, wie Begert anfügte. *sda*

VOLKSHOCHSCHULE

Auch hier herrscht der Markt

In zwei Jahren zahlt der Kanton nur noch punktuell für die Volkshochschule Bern. Nun muss sie marktfähig werden.

Esther Diener-Morscher

«Wenn Sie durch das Hauptportal in den stichtonnengewölbten Schulhauskorridor treten, diesen Angsttunnel von unzähligen Schülergenerationen, in dem es steinsüßlich und urinsäuerlich riecht...» Dieser Text aus Hermann Burgers «Schilten» empfängt die Besucher im Eingang zur Grabenpromenade 3 in Bern. Im Hauptgebäude der Volkshochschule leben alte Schulzeiten auf.

Alte Mauern, neuer Geist

Nirgends im Altbau beim Kornhausplatz ist die nüchterne Neonlichtstimmung von modernen Bildungszentren zu finden. Nur überall Spuren der Schüler,

die tatsächlich bereits seit Generationen das Haus belebt haben. Die Schulnostalgie täuscht über den neuen Wind hinweg, der in der Erwachsenenbildungsstätte weht: Die Volkshochschule kann nämlich ihr Kursangebot nicht mehr bloss beseelt von hehren Bildungsgrundsätzen gestalten. Es muss auch genug Geld einbringen. Im Zug der Sparmassnahmen wird die Volkshochschule in zwei Jahren ihre festen Subventionen vom Kanton verlieren und in Zukunft nur noch gezielt für einzelne Angebote Geld erhalten.

Kurse nicht generell teurer

Grosse Sorge bereitet das den Verantwortlichen nicht: «Wir haben eh schon den grössten Teil selber verdient und wurden nur zu 15 Prozent vom Kanton unterstützt», sagte Christoph Reichenau, Präsident der Volkshochschule, an einer Medienorientierung. Er ist überzeugt, dass die Kurse künftig nicht generell teurer werden, wenn die Geldquelle Kanton versiegt.

Schon heute marktkonform

Unternehmerisches Denken hat in der Volkshochschule nämlich bereits vor dem endgültigen Subventionsstopp Einzug gehalten: «Wir richten uns nach dem Markt: Gewisse Kurse kann man problemlos etwas teurer machen, weil die Nachfrage gross ist. Bei anderen Kursen kann man auch neun statt sieben Teilnehmende unterrichten und damit ein höheres Kursgeld umgehen», schildert Christoph Reichenau die Schulstrategien.

Bereits ganz marktorientiert dringt die Volkshochschule neu

auch vermehrt ins Gebiet der massgeschneiderten Angebote für Private und Firmen ein. «Heutzutage will ein Manager innert zwei Monaten sein Französisch aufpoliert haben, wenn er merkt, dass er dort Lücken hat», veranschaulicht die Leiterin der Volkshochschule, Christine Zumstein, die neuen Bedürfnisse.

«Heutzutage will ein Manager innert zwei Monaten sein Französisch aufpoliert haben, wenn er merkt, dass er dort Lücken hat», veranschaulicht die Leiterin der Volkshochschule, Christine Zumstein, die neuen Bedürfnisse.

Angebote auf Bestellung

Befriedigen kann sie die Volkshochschule mit individuell gestaltetem Privatunterricht. Auch Bundesstellen und Firmen gehören zur neuen Kundschaft: Das Eidgenössische Departement des Innern hat Deutschkurse für Mitarbeitende aus der Westschweiz gebucht. Und SBB Cargo hat bei der Volkshochschule Sprachkurse für Lokführer bestellt. *◆*

Neues Kursprogramm: Telefon 031 320 3030, www.vhsbe.ch

behalten werden, etwas, das «halt nicht gradlinig ist». Ihre Hoffnung relativiert die 52-Jährige aber gleich wieder: «Ich habe eigentlich nicht so viel zu sagen, ich weiss ja nicht, wie sich diese Jugend entwickelt.»

«Da bin ich gefordert»

Klare Vorstellungen hat die Sozialdirektorin nach knapp vier Monaten darüber, wo in ihrem neuen Betätigungsfeld Handlungsbedarf besteht. So will sie die Personalorganisation und die Lohnstruktur auf der weit verzweigten Direktion überprüfen. Zu viele Mitarbeiterinnen hätten noch «typische», also tiefe Frauenlöhne.

Einen weiteren Schwerpunkt sieht sie bei den Bemühungen um mehr Krippenplätze. Im Rahmen des Sozialhilfegesetzes wolle der Kanton seine Subventionen für städtische Krippenplätze kürzen – «da bin ich gefordert», denn es drohe Abbau. Man könne aber nicht den Wirtschaftsstandort Bern propagieren, «und dann gibt es für die Kinder der Leute, die man nach Bern holen will, keine Krippenplätze». Gefordert ist Frösch auch im Altersbereich – dort braucht es mehr Betreuungsplätze – und beim Gemeinwesen, das sie flexibler gestalten will. Ein besonderes Anliegen ist ihr schliesslich die Stärkung der Sozialarbeit. Die Städte müssten mit immer weniger Mitteln immer mehr gesellschaftliche Mängel ausgleichen, sagt sie, und nennt als Beispiel die Asylorganisation.

Wie lange noch?

Mehrmals sagt sie im Gespräch: «Das will ich bis zum Ende der Legislatur noch machen.» Tritt sie nach zwölf Jahren nun wirklich zurück? Dazu sagt sie nichts. Wie andere Parteien will das Grüne Bündnis erst nach den Nationalratswahlen über die Gemeinderatskandidatur entscheiden. Frösch selber kandidiert auch für den Nationalrat, «nur weiss es niemand», wie sie lachend anfügt.

Nach dem Gespräch kommen zwei Angestellte ihrer Direktion ins Büro von Therese Frösch, um die Bilder aufzuhängen. Einiges deutet darauf hin, dass sie diese Ende nächsten Jahres wieder herunternehmen müssen. *◆*